

Q 001**DGB-Bundesvorstand**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses
Angenommen

Partizipation statt Ausgrenzung – für ein neues Integrationsverständnis

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen – unabhängig von der sozialen und ethnischen Herkunft, von Kultur und Religion – ein. Die Herstellung von Chancengleichheit und die Gleichbehandlung in Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und bei der sozialen Absicherung sind, gemeinsam mit der gesellschaftlichen und politischen Partizipation, wesentliche Voraussetzungen für eine vielfältige und demokratische Gesellschaft. Obwohl Migrantinnen und Migranten – genauso wie die übrige Bevölkerung – mit ihren Steuern und Abgaben zur Erfüllung staatlicher Aufgaben beitragen, wird den ausländischen Staatsangehörigen die Mitentscheidung über die Verwendung der Mittel weitgehend vorenthalten. Nur EU-Bürger besitzen ein Wahlrecht auf der kommunalen Ebene.

Dass Migrantinnen und Migranten sich engagieren, zeigt sich in den Betrieben und Verwaltungen. Sie sind als gewerkschaftliche Vertrauensleute sowie als Betriebs- oder Personalräte aktiv und vertreten die Interessen aller Beschäftigten. Gleiches gilt für die Gewerkschaften. Im Unterschied zu anderen Ländern sind Migrantinnen und Migranten – unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus – gleichberechtigte Mitglieder der DGB Gewerkschaften.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Mitgliedsgewerkschaften sind überzeugt, dass die Einwanderung von Arbeitsmigranten, Flüchtlingen, Spätaussiedlern und der Nachzug von Familienangehörigen die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland ökonomisch und kulturell bereichert hat. Auch in Zukunft werden sich Menschen aus unterschiedlichen Gründen in Deutschland niederlassen oder Schutz suchen. Die mit der Einwanderung verbundenen Herausforderungen müssen von Politik und Gesellschaft erkannt werden. Erforderlich sind nachhaltige Strategien und Maßnahmen, vor allem auch im Hinblick auf die veränderten Migrationsstrukturen (z.B. temporäre Aufenthalte oder längerfristige Entsendungen) der letzten Jahre, um Ausgrenzung zu verhindern und die Vielfalt zu fördern. Wir brauchen eine Kultur der Anerkennung in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen. Dabei muss auch die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit einbezogen werden.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Rund ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland hat eine Zuwanderungsgeschichte. In Städten wie Offenbach, Frankfurt oder Stuttgart liegt der Anteil der Migrantinnen und Migranten weit über dem Durchschnitt.

Während die Gewerkschaften und Kommunen sich seit langem mit den damit verbundenen Veränderungen und Herausforderungen auseinandersetzen, wurden diese von Bund und Ländern erst in den letzten zehn Jahren gesehen. Mit dem Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung 2001 wurde eine Grundlage für eine neue, veränderte Migrations- und Integrationspolitik gelegt. Das Zuwanderungsgesetz, das 2005 in Kraft trat, schafft zwar ein bundesweites Angebot an Integrationsmaßnahmen, verbindet diese aber gleichzeitig mit weitreichenden Teilnahmeverpflichtungen. Verschärft wurden die restriktiven Ansätze und Anforderungen noch durch weitere Änderungen des Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsgesetzes.

Nationalen Integrationsplan umsetzen und weiterentwickeln

Mit dem Nationalen Integrationsplan ist eine grundlegende Neuausrichtung der Integrationspolitik verbunden. Bund, Länder und Kommunen, aber auch die Zivilgesellschaft, die Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften sind Verpflichtungen eingegangen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften kritisieren, dass wichtige Handlungsfelder von der Bundesregierung ausgeblendet wurden und die vereinbarten Maßnahmen nur schleppend umgesetzt werden. Der Nationale Integrationsplan (NIP) soll nun – entsprechend der Vereinbarung der schwarz-gelben Koalition – zu einem Aktionsplan weiterentwickelt werden.

- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Bundesregierung auf, die im NIP vereinbarten Ziele konsequent weiter zu verfolgen und die Umsetzung der Maßnahmen zu intensivieren. Dazu gehören vor allem die Selbstverpflichtungen des Bundes zur schulischen und beruflichen Integration sowie zur Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst.
- Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen einen Prozess zur Weiterentwicklung des NIP und fordert, diesen gemeinsam mit den am NIP beteiligten Organisationen, Stellen und Einrichtungen zu gestalten. Wir fordern die Bundesregierung auf, dabei vor allem die strukturellen, rechtlichen und gesellschaftlichen Integrationshemmnisse zu beseitigen sowie die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation zu erweitern.

Bereits im Nationalen Integrationsplan wurde das Ziel vereinbart, im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse und Kompetenzen anzuerkennen. In Deutschland leben rund 500.000 Migrantinnen und Migranten, deren Abschluss nicht anerkannt ist.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für eine möglichst umfassende Umsetzung dieses Ziels ein. Erforderlich ist die Einführung eines Rechtsanspruches auf ein Anerkennungsverfahren. Neben den formalen Qualifikationen müssen auch informell erworbene Qualifikationen und Handlungskompetenzen anerkannt werden. In einem Anerkennungsgesetz verankert werden muss zudem die Beratung und Unterstützung der Betroffenen sowie Ergänzungs- und Nachqualifizierungsangebote.

Integrationshemmnisse beseitigen – Aufenthaltsrecht verändern

Der Großteil der in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen besitzt ein Daueraufenthaltsrecht und ist den deutschen Staatsangehörigen hinsichtlich des Zugangs zu Bildung und Beschäftigung rechtlich gleichgestellt. Gleichwohl sind viele der Staatsangehörigen aus Drittstaaten auf einen befristeten Status oder auf Duldung (kein Aufenthaltstitel) angewiesen. Unterschiedliche und teils undurchschaubare Regelungen und Beschränkungen bestehen z.B. beim Bildungszugang oder bei der Aufnahme einer Beschäftigung. Die Folgen sind:

- Leitungen von Kindertageseinrichtungen und Schulleitungen sind verunsichert, ob sie zur Prüfung des Aufenthaltsstatus verpflichtet sind und aufenthaltsrechtliche Informationen an die Ausländerbehörden weitergeben müssen.
- Ausländische Arbeitssuchende werden aus den Auswahlprozessen ausgeschlossen, wenn sie nicht schon bei der Bewerbung den unbeschränkten Arbeitsmarktzugang nachweisen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind überzeugt, dass Menschen, die in Deutschland leben dürfen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus beim Zugang zu Bildung, Beschäftigung und Sozialleistungen nicht benachteiligt werden dürfen. Wir fordern daher die Abschaffung der aufenthaltsrechtlichen Integrationshemmnisse. Erforderlich sind insbesondere

- eine Bleiberechtsregelung für alle langjährig geduldeten Flüchtlinge, die sich ausschließlich an der Aufenthaltsdauer orientiert und die Abschaffung der so genannten Kettenduldungen,
- die Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung beim Zugang zu sozialen Leistungen, einschließlich des Rechts auf vorschulische Bildung sowie zu SGB II geförderter beruflicher Qualifizierung,
- ein gleichrangiger Zugang zu beruflicher Ausbildung und Beschäftigung für alle rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen nach einem Jahr Aufenthalt.

Wir sind überzeugt, dass auch weiterhin Maßnahmen gegen Menschenhandel sowie gegen illegale Einreise und Beschäftigung erforderlich sind. Gleichwohl setzen wir uns für die Gewährung grundlegender Menschenrechte für diejenigen ein, die ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland leben. Die Situation von Irregulären in Deutschland ist gekennzeichnet von der Angst vor Aufdeckung sowie von Arbeitsausbeutung durch Betriebe und in den Haushalten. Es bestehen teils erhebliche rechtliche Probleme beim Gesundheitsschutz, im Bildungswesen und bei der Durchsetzung grundlegender Arbeitnehmerrechte. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern Bund und Länder auf,

- die Schulpflicht unabhängig vom Aufenthaltsstatus in allen Bundesländern einzuführen,
- die Meldepflicht von öffentlichen Schulen und den öffentlichen Gesundheitsdiensten abzuschaffen,
- für Opfer von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung ein Aufenthaltsrecht, über den Zeitraum von Gerichtsverfahren hinaus, einzuführen.

Benachteiligungen aufheben – Gleiche Teilhabe an Bildung verwirklichen

Im Gegensatz zu anderen Industriestaaten sind Kinder mit Migrationsgeschichte in Deutschland im Bildungssystem besonders benachteiligt. Sie erhalten seltener eine Empfehlung zum Besuch einer weiterführenden Schule und trotz gleicher Leistungen haben sie geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Die mangelnde Chancengleichheit ist Ausdruck eines Bildungssystems, das nicht in der Lage ist, die mit der Einwanderungsgesellschaft verbundenen Herausforderungen zu bewältigen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind überzeugt, dass ein längeres gemeinsames Lernen zur Verbesserung der Chancengleichheit unabhängig von sozialer und ethnischer Herkunft beiträgt. Wir fordern daher Bund und Länder auf,

- das Angebot an Ganztagschulen zu erweitern,
- eine Strategie zur interkulturellen Öffnung des Bildungssystems zu entwickeln, einschließlich des Ausbaus der interkulturellen Aus- und Fortbildung sowie der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern mit Migrationserfahrungen.

Qualität verbessern – Integrationsmaßnahmen ausbauen

Chancengleichheit in Gesellschaft, Bildung und Arbeitsleben setzt die Fähigkeit zur Kommunikation voraus. Ausreichende Deutschsprachkenntnisse sind eine wesentliche Voraussetzung.

Hauptbestandteil der staatlichen Integrationsförderung ist ein umfassendes Angebot an Integrationskursen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Zugewanderten einen Sprachkurs besuchen. Seit dem Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes haben rund 500.000 Migrantinnen und Migranten, davon 1/5 türkischer Herkunft, einen Integrationskurs absolviert bzw. nehmen daran teil. Nach den Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge konnten im Jahr 2008 rund die Hälfte aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kurs erfolgreich abschließen. Vor allem das Angebot zur Wiederholung der zweiten Stufe und die speziellen Kurse mit einer erhöhten Stundenzahl trugen zur Verbesse-

rung der Abschlüsse bei. Gleichwohl ist die Kursstundenzahl, insbesondere für Migrantinnen und Migranten der so genannten ersten Generation, nicht ausreichend und die Qualität der Vermittlung verbesserungsbedürftig. Die derzeitige Finanzierung führt dazu, dass die Träger überwiegend prekär Beschäftigte und Honorarkräfte mit sehr niedriger Vergütung einsetzen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern zur Verbesserung der Qualität der Kurse

- eine – entsprechend der unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten – flexible Aufstockung der Kursstunden,
- die Anhebung der Vergütung von bisher 2,05 Euro auf mindestens 3 Euro pro Teilnehmerstunde.

Der größte Teil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Integrationskurse nimmt freiwillig an den Kursen teil. Dies zeigt die Bereitschaft sowohl von bereits lange in Deutschland lebenden Angehörigen aus Drittstaaten als auch von EU-Bürgern, die deutsche Sprache zu erlernen. Das gilt auch für die Teilnahme an Eltern- und Frauenintegrationskursen. Dennoch wollen die Koalitionsparteien die Möglichkeiten zur Teilnahmeverpflichtung von Eltern weiter ausbauen. Wir sind überzeugt, dass der Schulerfolg von Kindern verbessert werden kann, wenn die Eltern über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Nicht akzeptabel ist dagegen die im Koalitionsvertrag enthaltene Gleichsetzung nicht vorhandener Deutschkenntnisse mit einer Beeinträchtigung des Kindeswohls.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern einen weiteren Ausbau der Elternintegrationskurse in Schulen und Kindertagesstätten und lehnen die Einführung weiterer Teilnahmeverpflichtungen ab. Notwendig sind darüber hinaus eine konsequente interkulturelle Orientierung und Öffnung der Kindertagesstätten sowie verbesserte Sprachlernangebote. Dazu erforderlich sind eine bessere Personalausstattung und die Einstellung von dazu qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationsgeschichte. Wie im Nationalen Integrationsplan gefordert, muss zudem eine Deutschsprachförderung während der gesamten Schulzeit gefördert werden.

Darüber hinaus ist eine berufs- und fachsprachliche Weiterbildung für den beruflichen Aufstieg und die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt erforderlich. Das neu beim Bundesamt angesiedelte ESF-BAMF-Programm zur beruflichen Sprachförderung ist dazu ein wichtiges Instrument. Es ermöglicht Deutschkurse für Arbeitssuchende und Beschäftigte.

Gleichwohl, dies zeigen erste Auswertungen, mangelt es an Angeboten in Kooperation mit den Betrieben. Auch die Qualität, insbesondere im Hinblick auf die berufsbezogene Fachsprache, ist noch nicht ausreichend sicher gestellt. Wir fordern die Bundesregierung und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf,

- die Qualität der Kursangebote, insbesondere auch durch eine bessere finanzielle Ausstattung und den Einsatz interkulturell qualifiziertes Personal, zu verbessern,
- die Kooperation zwischen den Kursträgern und Betrieben, Unternehmen und Verwaltungen zu verbessern,
- Betriebe und ihre Weiterbildungseinrichtungen verstärkt als Träger der Kurse anzusprechen und anzuerkennen,
- Maßnahmen zu entwickeln, die die Sprachförderung mit der beruflichen Weiterbildung verbinden.

Partizipation – eine Voraussetzung für gesellschaftliche Beteiligung

Migrantinnen und Migranten engagieren sich in Gewerkschaften, Vereinen und Organisationen. Bei den Betriebs- und Personalratswahlen besitzen sie – unabhängig von der Staatsangehörigkeit – das aktive und passive Wahlrecht. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind überzeugt, dass demokratische Entscheidungen in den Parlamenten der Legitimation unter anderem durch Wahlen bedürfen. Klar ist: Die deutsche Staatsangehörigkeit ist entscheidend für die Sicherung umfassender Beteiligungsrechte.

Wir sind weiterhin überzeugt, dass die Einbürgerung Bestandteil eines generationenübergreifenden Integrationsprozesses ist. Allerdings widersprechen wir der Auffassung, die die Einbürgerung als Endpunkt einer gelungenen Integration betrachtet und mit der Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit die Aufgabe kultureller, religiöser und sprachlicher Wurzeln verbindet. Trotz einer großen Bereitschaft zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit gehen die Einbürgerungszahlen kontinuierlich zurück. Die höheren Anforderungen, die mit dem so genannten EU-Richtlinienumsetzungsgesetz geschaffen wurden, tragen zu dieser Entwicklung bei. Ein weiteres Problem ist die Optionspflicht.

Danach müssen sich volljährige Jugendliche, die mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben, zwischen der Staatsangehörigkeit der Eltern und der deutschen Staatsangehörigkeit entscheiden. Seit Inkrafttreten des so genannten Geburtsrechts im Jahr 2000 erhielten rund 40.000 Kinder jährlich mit der Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit. Zusätzlich konnten – auf Antrag – die damals unter 10-jährigen Kinder ausländischer Eltern ebenfalls die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Inzwischen haben die ersten Jugendlichen die Aufforderung zur Entscheidung erhalten und müssen sich entscheiden. Die Regierungsparteien sahen zwar in den Koalitionsverhandlungen mögliche Probleme, konnten sich aber nicht auf eine Abschaffung des Optionszwangs einigen. Das Problem wurde verschoben. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern

- die Abschaffung des Optionszwangs im Staatsangehörigkeitsrecht,
- die generelle Hinnahme der Mehrfachstaatsangehörigkeit, nicht nur als Ausnahmetatbestand für Staatsangehörige der EU-Staaten und der Schweiz,
- die Abschaffung der Einbürgerungstests und den Ausbau des Angebots an Einbürgerungskursen und –beratung.

Unabhängig von den notwendigen Veränderungen im Staatsangehörigkeitsrecht müssen nach unserer Auffassung alle Einwohnerinnen und Einwohner zumindest auf der kommunalen Ebene mitentscheiden und sich an den Wahlen beteiligen können. Anders als in anderen europäischen Staaten sind ausländische Staatsangehörige – mit Ausnahme der Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten – vom kommunalen Wahlrecht ausgeschlossen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern daher durch eine Änderung des Artikels 28 des Grundgesetzes das kommunale Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Einwohnerinnen und Einwohner einzuführen.

Teilhabechancen schaffen – Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung

Individuelle und strukturelle Diskriminierungen sind in allen Lebensbereichen sichtbar. Dies gilt für die Übergangsempfehlungen für eine weiterführende Schule oder bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz gleichermaßen. Trotz gleicher Schulabschlüsse und Leistungen haben Jugendliche mit Migrationshintergrund schlechtere Chancen, einen Ausbildungsplatz zu finden als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Schlimmer noch, je höher der Schulabschluss, desto größer die Chancendifferenz. Und nicht zuletzt werden Menschen mit Migrationshintergrund bei der Wohnungssuche oder dem Abschluss von Versicherungen benachteiligt.

Obwohl viele Untersuchungen und ausreichende Erfahrungen, auch in den unabhängigen Antidiskriminierungsbüros vorliegen, verschließen die Regierungsparteien die Augen vor diesem Problem. Im Koalitionsvertrag vereinbart wurde gar eine Überprüfung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes mit dem Ziel, Bürokratiebelastungen abzubauen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind überzeugt, dass mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ein wichtiger Baustein für einen umfassenden Diskriminierungsschutz geschaffen wurde. Wir kritisieren, dass die mit dem AGG geschaffene Antidiskriminierungsstelle des Bundes nur allgemeine Informationen herausgibt und Betroffene bei der Durchsetzung ihrer Rechte nicht ausreichend berät und unterstützt. Wir unterstützen den von der EU-Kommission vorgelegten Richtlinienentwurf zur Gleichbehandlung beim Zugang zu Waren und Dienstleistungen

ohne Unterschied des Alters, der Religion, einer Behinderung und der sexuellen Orientierung.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern

- die Bundesregierung auf, ihre bisherige Blockade gegenüber dem neuen Richtlinienentwurf aufzugeben,
- eine Veränderung der gesetzlichen Aufgaben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes,
- Länder und Kommunen zur Schaffung bzw. zur Unterstützung von Antidiskriminierungsbüros auf und
- die Einführung eines Klagerechts von Verbänden gegen strukturelle Benachteiligung.

Wir sind überzeugt, dass Unternehmen, Betriebe und der öffentliche Dienst ihre Verantwortung für die Gleichbehandlung und den Schutz vor Diskriminierungen stärker wahrnehmen müssen. Statt weiterhin die gesetzlichen Regelungen zu kritisieren und abzulehnen, sollten sie, gemeinsam mit den Betriebs- und Personalräten, Maßnahmen zur Herstellung der Chancengleichheit entwickeln. Das Betriebsverfassungsgesetz und die Personalvertretungsgesetze von Bund und Ländern sehen Maßnahmen zur Integration und zur Gleichbehandlung vor. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern die Betriebe und Verwaltungen auf, gemeinsam mit den Betriebs- und Personalräten

- die Regelungen zur Einstellung von Beschäftigten sowie zur Fort- und Weiterbildung zu überprüfen, um mögliche diskriminierende Verfahren zu beseitigen und
- Betriebs- bzw. Dienstvereinbarungen zum Schutz vor Diskriminierungen und zur Förderung der Gleichbehandlung abzuschließen.

Herausforderungen erkennen – für eine erweiterte Integrationspolitik

Im Mittelpunkt der deutschen Integrationspolitik stehen die als so genannte Gastarbeiter angeworbenen Ausländer, ihre Kinder und Enkel. Die veränderte Zuwanderungspolitik und die Erleichterungen bei der grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringung sowie die verstärkte weltweite Mobilität führen zu einer Zunahme von temporärer und befristeter Zuwanderung und längerfristigen Entsendungen. Die damit verbundenen Herausforderungen für die Integrationspolitik werden bislang kaum erkannt. Immer noch verlieren Drittstaatsangehörige nach sechs Monaten Aufenthalt im Ausland ihren Aufenthaltsstatus. Unzureichend bis gar nicht vorhanden sind Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache für längerfristig entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Ungeregt ist zudem die Frage der vorschulischen und schulischen Bildung für Kinder von Entsandten. Nicht zuletzt bestehen erhebliche Probleme bei der Durchsetzung der Arbeitnehmerrechte für Beschäftigte mit ausschließlich temporärem Aufenthaltsstatus bzw. für entsandte Beschäftigte.

Die mit den veränderten Migrationsstrukturen verbundenen Herausforderungen dürfen nicht länger ignoriert werden. Wir sind überzeugt, dass umfassende Veränderungen in der Integrationspolitik erforderlich sind und die Arbeitnehmerrechte für alle Beschäftigten geschützt werden müssen. Ein wesentliches Mittel zum Schutz vor Ausbeutung und Lohndumping ist die Umsetzung des Grundsatzes „Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern

- den Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für temporär in Deutschland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gleich ob sie von ausländischen Unternehmen entsandt werden oder als Zuwanderer nur einen befristeten Aufenthaltsstatus besitzen,
- die Verbesserung der Möglichkeiten zur Durchsetzung von Lohnansprüchen, unter anderem durch die Einführung einer Generalunternehmerhaftung über die Bauwirtschaft hinaus,
- die Weitergeltung des Aufenthaltstitels auch bei längerfristigem Auslandsaufenthalt,
- die Weiterentwicklung der Konzepte zur sprachlichen Integration von Wanderarbeitern.

Nicht zuletzt ist eine Verbesserung der Datenlage erforderlich, denn bisher werden Beschäftigte ausländischer Unternehmen, die in Deutschland eingesetzt werden, nur registriert, wenn sie visumpflichtig sind.